

## P E T I T I O N

### **Verstärkter Ausbau der interkulturellen Erziehung für Kinder und Jugendliche in Bayern**

#### **I. Die Migrationssituation in Bayern**

In Bayern leben 1,2 Mio. Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Seit zehn Jahren beträgt dieser Bevölkerungsteil konstant knapp 10 %. Einschließlich Spätaussiedler, Eingebürgerte und hier geborener Kinder ausländischer Familien wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf 2,3 Mio. geschätzt. Aus wirtschaftlichen, politischen, demografischen und humanitären Gründen wird es auch weiterhin Zuwanderung geben. Die Politik in Bayern wird sich intensiver als bisher mit den verschiedenen Aspekten und Problemen des Zusammenlebens von Bevölkerungsteilen unterschiedlicher Muttersprache, Kultur und Religion auseinandersetzen müssen. Andernfalls ist mit einer Verschärfung des bereits bestehenden Konfliktpotentials zu rechnen, dessen gesellschaftliche Folgen unübersehbar sind. Neue Konzepte für ein friedliches Zusammenleben müssen entwickelt und praktiziert werden. Bildung und Erziehung spielen dabei eine zentrale Rolle.

#### **II. Probleme interkultureller Förderung und Erziehung in Bayern**

PISA 2003 E hat den Schülern mit Migrationshintergrund in Bayern im Vergleich der Bundesländer die besten Testwerte attestiert. Bei näherer Betrachtung werden jedoch auch große Defizite bei der Förderung dieser Schüler/innen sichtbar. Exemplarisch seien folgende Probleme genannt:

- Zugewanderte Schüler erzielen bessere Testergebnisse als Schüler aus Migrationsfamilien, die hier geboren sind und das deutsche Schulsystem durchlaufen haben
- Die Kompetenzunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, die bei 10-Jährigen am Ende der Grundschule festgestellt wurden (IGLU), verdoppeln sich bei den 15-Jährigen
- Ausländische Schüler besuchen in Bayern Haupt- und Förderschulen fast doppelt so häufig wie deutsche Kinder. An Realschulen und Gymnasien sind sie nur halb so häufig vertreten
- Schüler mit Migrationshintergrund haben an allen Schularten Bayerns einen geringeren Schulerfolg als deutsche. 22 % verlassen die Hauptschule ohne Abschluss
- Schüler aus nicht deutschen Familien erhalten auch seltener einen Vertrag für eine Berufsausbildung und landen häufiger in berufsvorbereitenden Maßnahmen

Eine wesentliche Ursache für die mangelnde Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund ist darin zu sehen, dass im bayerischen Bildungswesen die Herkunftssprachen der Schüler gering geschätzt und zu wenig gefördert werden. Gleichzeitig wird aber versäumt die Deutschkenntnisse dieser Kinder frühzeitig und mit geeigneten Konzepten zu entwickeln und zu verbessern. Zudem sind in den bayerischen Bildungseinrichtungen interkulturelle Erziehung und Kommunikation kaum im System verankert. Eine Wertschätzung fremder Kulturen ist kaum erkennbar. Interkulturelle Aktivitäten bleiben im Wesentlichen den persönlichen Initiativen des pädagogischen Personals überlassen.

### **III. Das Verständnis des Forums von interkultureller Förderung und Erziehung**

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* ist überzeugt, dass für eine Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Verbesserung der Sprachförderung unerlässlich ist, sowohl der deutschen Sprache als auch der Muttersprache als Basis des Erlernens von Sprache. Die Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit kulturellen und religiösen Differenzen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist ein Leitziel interkultureller Erziehung. Kulturelle Vielfalt soll als Bereicherung und nicht als beängstigend empfunden werden können. Diskurse über grundlegende Wertvorstellungen und Normorientierungen sind dafür genauso erforderlich wie der Dialog über differierende Einschätzungen und Verhaltensweisen im Alltag. Mit präventiven Maßnahmen können ethnische Spannungen abgebaut und kulturellen Konflikten vorgebeugt werden. Durch intensive individuelle sprachliche und kulturelle Förderung der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund kann eine Benachteiligung der zugewanderten wie der einheimischen Kinder vermieden werden.

### **IV. Forderungen zur Verbesserung der interkulturellen Förderung und Erziehung**

#### **1. Förderung im Elementarbereich**

- Frühe Förderung der deutschen Sprachkenntnisse von Kindern ab dem 3. Lebensjahr im Kindergarten,
- ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans,
- Qualifizierung der Erzieherinnen für die Sprachvermittlung und Erziehung von Kindern aus unterschiedlichen Kulturen,
- Beschäftigung von muttersprachlichem Fachpersonal

#### **2. Förderung in der Schule**

Sprache:

- Bedarfsdeckender Ausbau der Deutschförderung in der Schule und Berücksichtigung dieser Aufgabe in jedem Schulfach,
- Verbesserung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts,
- Anerkennung der Migrationssprachen als gleichberechtigte Fremdsprachen bei allen Abschlüssen,
- keine Rückstellungen bei der Einschulung und keine Förderschulzuweisungen nur wegen mangelnder Deutschkenntnisse

**Erziehung:**

- Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten zur Schaffung von Begegnungs- und Kommunikationsgelegenheiten sowie zur Stärkung der Identifikation mit der Schule und für Konfliktprävention und -regelung,
- Einrichtung von Ombudsstellen und Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen, Öffnung der Schulen zu interkulturellen Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft

**Elternarbeit:**

- Intensivierung der Elternarbeit zur Stärkung der Sprach- und Erziehungskompetenz der Eltern,
- Ermöglichung von Hausbesuchen,
- Informationsveranstaltungen über das bayerische Schulsystem und seine Möglichkeiten,
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Elternkursen in Deutsch und Landeskunde, insbes. für Mütter,
- Einbeziehung der Eltern und Geschwister für die schulische Lernarbeit der Kinder

**Ressourcen und Grundlagen:**

- Verdopplung des Faktors der Lehrerstundenzuweisung für Schüler nicht deutscher Muttersprache,
- Ausweitung der personellen, zeitlichen und materiellen Ressourcen für interkulturelle Aktivitäten,
- Weiterbeschäftigung der muttersprachlichen Lehrkräfte,
- Beseitigung kulturell oder nationalstaatlich einseitiger Sichtweisen in Lehrplänen und Schulbüchern zugunsten von Mehrperspektivität,
- Angemessene Angebote zur interkulturellen Erziehung und Bildung in der Lehreraus- und -fortbildung

**3. Einrichtung eines Querschnittsreferats „Migration“ bei der Staatskanzlei**

Die Herausforderungen im Kontext der Migration berühren unterschiedlichste politische Handlungsfelder. Migrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und sollte nicht auf verschiedene Ministerien verteilt, sondern an einer Stelle zusammengefasst werden. Deshalb sollte bei der Staatskanzlei ein Querschnittsreferat „Migration“ eingerichtet werden. Dieses erarbeitet Handlungskonzepte, begleitet und evaluiert ihre Umsetzung. Es koordiniert auch die Vielzahl der Initiativen und Projekte in freier, Trägerschaft in Bayern, um Leerstellen zu schließen und Doppelungen zu vermeiden. Es ist Ansprech- und Kooperationspartner für die jetzt ebenfalls zentral beim Bundeskanzleramt angesiedelte Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration.

**4. Gründung einer Gemischten Kommission „Migration“ durch den Bayerischen Landtag**

Für eine fundierte und zukunftsweisende Migrationspolitik sind die grundlegenden Probleme der Migration und ihrer zukünftigen Entwicklung aufzuarbeiten. Die globalen und außenpolitischen, volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen, versicherungsrechtlichen und sozialräumlichen, sozialen und rechtlichen, demografischen und ethnischen, kulturellen und religiösen, erziehungs- und bildungsrelevanten Aspekte sind dabei in ihren Auswirkungen für die Migranten wie für die einheimische Bevölkerung zu analysieren. Situationen und Probleme der zugewanderten wie der einheimischen Kinder und Jugendlichen sind zu beleuchten, Lösungsvorschläge und Hilfsangebote für die verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsbereiche zu entwickeln und Aufgaben für die staatlichen Institutionen zu formulieren. Die Kommission sollte sich zusammensetzen aus Sozial- und Erziehungswissenschaftlern, Juristen und Bildungspolitikern des Landtags und des Städtetags, Vertretern des Kultusministeriums und der Bundesagentur für Arbeit, Angehörigen der Religionsgemeinschaften, Lehrkräften sowie einheimischen und zugewanderten Eltern und Schülern. Da Migration und Integration ein fortdauernder Prozess mit sich entwickelnden Problemstellungen ist, soll die Kommission als ständige Einrichtung etabliert werden.